

US-Senat: Der Verlust des Sitzes in Massachusetts hat Auswirkungen bis nach Washington.

Den Demokraten droht der politische Kollaps

Martin Kilian

Den Senatsitz des verstorbenen Ted Kennedy im liberalen Neuengland-Staat Massachusetts zu verteidigen, hätte für die Demokraten eine Pflichtaufgabe sein sollen. Stattdessen wachten sie gestern in Washington im schmerzlichen Bewusstsein auf, das Mandat an einen bis dato unbekanntem republikanischen Aussenseiter namens Scott Brown verloren und damit den entscheidenden 60. Sitz im Senat eingebüsst zu haben.

Nicht nur wird die republikanische Opposition künftig imstande sein, demokratische Vorlagen im Senat mittels des sogenannten Filibusters zu Fall zu bringen; zur Disposition steht überdies die gesamte Agenda eines Präsidenten, der politischen Wandel versprach, sich indes von der Wählerschaft belehren lassen musste, wie gehandelt regiert zu haben. Als hätte er nicht genug Probleme mit zwei Kriegen sowie der grossen Rezession mit ihrer hohen Arbeitslosigkeit, bescherte der Wahlausgang in Massachusetts Barack Obama eine profunde politische Krise. Sie dürfte den weiteren Verlauf seiner Präsidentschaft wie auch die Kongresswahlen im kommenden November beeinflussen.

Populistischer Zorn über die Polarisierung in Washington, über hohe Haushaltsdefizite sowie eine Gesundheitsreform, die von der Mittelklasse als undurchsichtige Umverteilung empfunden wird, definierten die Senatswahl in Massachusetts ebenso wie der Ärger vieler Bürger über die Geschenke für Wallstreet.

Nach den verlorenen Gouverneurswahlen in New Jersey und in Virginia sowie der Sensation in Massachusetts steht die Demokratische Partei nun vor einem Scherbenhaufen: Anstatt den politischen Bankrott ihrer republikanischen Gegner im Gefolge der Wirtschaftskrise und der allseits unbeliebten Regierung Bush in eine dauerhafte Vormachtstellung umzumünzen, wird ihr nach nur einem Jahr an der Macht die Krise angelastet. Unter anderem auch als Folge einer robusten republikanischen Verweigerungsstrategie mitsamt einer konservativen Medienmaschine, der die Demokraten nichts entgegenzusetzen hatten - und haben.

Trotzdem sind Partei wie Präsident überwiegend selbst an ihrer Malaise schuld: Technokratisch und zerstritten, oft leidenschaftslos und taktierend entfremdeten sie sich sowohl vielen parteilosen Wählern als auch Senioren und Teilen der weissen Mittelklasse. Obama ist mittlerweile zwischen alle Fronten geraten: Von links wird ihm vorgeworfen, er habe sich mit Wallstreet-Leuten umgeben und die Ideale Franklin Roosevelts missachtet, derweil bei der Rechten ein Populismus auferstanden ist, der Big Government geisselt und argwöhnt, Obama sei ein Umverteiler.

Was kann Obama wirklich?

Dem Präsidenten fällt es schwer, den Populisten zu geben. Es spricht Bände, dass Obama bei seinem Wahlkampfauftritt in Massachusetts am Sonntag an einer Universität sprach und nicht vor Gewerkschaftern oder Senioren. Zwar hat der Präsident in den letzten Tagen seinen Ton hörbar verschärft - er beschuldigte die Banken, «raffgierig und verantwortungslos» zu sein -, ein Volkstribun aber ist er nicht: Im Gegensatz zu Bill Clinton filtert er seine Gefühle durch einen formidablen Intellekt, weshalb ihm besonders die Verbindung zur weissen Arbeiterschicht und zur unteren Mittelklasse stets schwergefallen ist. Nach der Pleite in Boston wird Obama nun zeigen müssen, was er kann; immerhin wird sein gesamtes politisches Programm nicht nur durch die neuen Machtverhältnisse im Washingtoner Senat gefährdet, sondern auch durch die Angstzustände demokratischer Senatoren und Abgeordneter, denen im Wahlherbst eine Katastrophe droht. Ob die Reform des Gesundheitswesens überhaupt noch möglich ist, ist völlig offen; notfalls müsste die Senatsversion der Reform ohne Veränderung von der demokratischen Mehrheit im Repräsentantenhaus verabschiedet werden, was freilich

zweifelhaft ist: Sowohl progressive als auch konservative Abgeordnete haben die Senatsversion bereits kritisiert.

Nicht besser steht es um die Verabschiedung eines Klimagesetzes oder die Reform der Einwanderungsbestimmungen. Mauern die Republikaner wie bisher, fehlt es im Senat nach dem Wahlsieg Scott Browns an den nötigen 60 Stimmen. Auch die Regulierung der Wallstreet dürfte nun bescheidener ausfallen. Am Horizont kündigen sich überdies die Kongresswahlen an, deren Ergebnis den Präsidenten wohl weiter schwächen wird. Wenn es Obama nicht gelingt, den populistischen Ärger aufzufangen und politischen Wandel wie während des Wahlkampfes 2008 zu verkörpern, könnte den Demokraten nur zwei Jahre nach ihrem Triumph der politische Kollaps drohen.